

**Vorlage
für die Sitzung
des Landesjugendhilfeausschusses der Freien Hansestadt Bremen
am 19.05.2022**

TOP 6

„Freiwilliges Engagement“ - Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land Bremen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

A. Problem

Im Jahr 2019 haben sich laut Freiwilligensurvey 39,7 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren engagiert. Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass sich weniger Menschen freiwillig engagieren. Wie sich die pandemiebedingten Einschränkungen auf das freiwillige Engagement ausgewirkt haben, beschreibt die Erhebung „Folgen der Corona-Krise für Engagement und Zivilgesellschaft“ der Denkfabrik Zivilgesellschaft in Zahlen (ZIVIZ). Während der erste Lockdown im Frühjahr 2020 noch eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft ausgelöst hat, schwächte sich dieser Trend im Laufe des Jahres ab. Bereits Ende November 2020 war ein Rückgang der Engagementbereitschaft zu verzeichnen.

B. Lösung

Wie der Senat bereits in seiner Antwort auf die Große Anfrage „Ehrenamtliches Engagement im Land Bremen – vielfältig, bunt und unterstützenswert“ (Drs. 20/1271) dargelegt hat, sollen mit der Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land Bremen Ziele und Maßnahmen festgelegt werden, die die Engagementlandschaft im Land Bremen noch zugänglicher, inklusiver, vielfältiger und kreativer werden lassen. Sie soll dazu beitragen, dass der durch die Beschränkungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung geschwächte Engagementbereich wieder aufleben kann und nachhaltig gestärkt wird.

Das Potential der Engagementstrategie liegt einerseits darin, Themen und Bedarfe von Freiwilligen deutlich zu machen und diese auch in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken. Gleichzeitig besteht großes Potential im Entstehungsprozess einer solchen Strategie selbst. Die Erarbeitung der Strategie wird daher in einem beteiligungsorientierten Verfahren erfolgen. In den anderthalb Jahren, die dieser Prozess planmäßig dauert, sollen Räume und Format zur Verfügung gestellt werden, in denen freiwillig Engagierte, interessierte Bürger:innen und Unternehmen aber auch Beteiligte aus Politik, Verwaltung und Stiftungen miteinander ins Gespräch kommen können. Die verschiedenen Akteur:innen können neue Kontakte knüpfen oder bestehende vertiefen. Sie können Erfahrungen austauschen und neue Impulse für das bürgerschaftliche Engagement erhalten. Bei der Erstellung einer Engagementstrategie geht es daher auch um die Vernetzung, Anerkennung und Sichtbarmachung des freiwilligen Engagements. Es ist von zentraler Bedeutung, alle Beteiligten von Anfang an einzubinden und so neue Kooperationen zu schaffen, die über die themenbezogenen Netzwerke hinaus gehen sowie bisher nicht eingebundene Akteur:innen und Interessierte zu erreichen.

Dieser Prozess soll dazu beitragen, dass:

- ein gemeinsames Selbstverständnis der Bremer Engagementszene entsteht und als Leitbild dauerhaft verankert wird,
- eine Orientierungshilfe, aber auch eine Leitlinie für politische Grundsatzentscheidungen geschaffen wird,
- sich eine bessere Kenntnis und Intensivierung der Vernetzung der Akteur:innen untereinander entwickelt, wodurch sich die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Förderern verbessert, was zu guten Rahmenbedingungen von Engagement insgesamt beiträgt und damit auch die Krisenresilienz von freiwilligen Engagementstrukturen in Bremen fördert.

Neben der Entwicklung eines Selbstverständnisses und der Vernetzung der vielfältigen Akteur:innen, sollen auch gesellschaftliche (Mega)Trends und deren Bedeutung für das bürger-schaftliche Engagement diskutiert werden.

Die Digitalisierung und deren Potential ist hier augenscheinlich. Auch das Engagement junge Menschen soll in den Fokus gerückt werden. Sie engagieren sich in vielfältiger Art und Weise – nicht immer auf den klassischen Pfaden. Sie zu stärken und zu fördern, ihr Engagement anzuerkennen – das gilt es verstärkt in den Blick zu nehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Blick in die Quartiere wichtig. Es hat sich gezeigt, dass auch in sozial benachteiligten Gebieten ein ausgeprägtes und vielfältiges Engagement von Bewohner:innen beobachtet werden kann. Viele Formen des lokalen Engagements beziehen sich vor allem auf die eigene Lebenswelt, das eigene Milieu und die unmittelbare Nachbarschaft. Von besonderer Bedeutung für den Einsatz des freiwilligen Engagements sind dabei die Bereiche Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Schule und Bildung, Freizeit und Geselligkeit sowie Seniorenarbeit und interkulturelle Begegnungen. Diese Angebote werden ergänzt von traditionell stark vereinsgebundene Aktivitäten im Bereich Sport und Bewegung oder durch Angebote von Kirchen und anderen religiösen Organisationen. Dem freiwilligen Engagement in sozial benachteiligten Quartieren wird eine große Bedeutung für die Entwicklung dieser Gebiete zugeschrieben. Hierbei stehen die Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders, die Verbesserung der Bildungschancen vor Ort sowie die Verbesserung der Integration und der Teilhabechancen von Migrant:innen an erster Stelle.

Mit der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bekommen jungen Menschen Zugang zu einer noch vielfältigeren und kreativeren Engagementlandschaft, in der sie sich ihren Neigungen und Interessen entsprechend engagieren können. Der Bremer Jugendring ist in die Prozessgruppe zur Erstellung der Engagementstrategie eingebunden.

Die Freiwilligen-Agentur Bremen ist seit dem 01.04.2022 mit dem Prozess zur Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land Bremen betraut. Zur Erstellung des Konzeptes hat sie von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport eine Zuwendung in Höhe von 100.000,00 € erhalten. Es ist geplant, dass im Frühjahr 2023 erste Ergebnisse zur Entwicklung der Engagementstrategie präsentiert werden. Ende August 2023 wird die Freiwilligen-Agentur Bremen die Erkenntnisse aus dem beteiligungsorientierten Verfahren in einer schriftlich festgehaltenen Engagementstrategie vorlegen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Für die Erarbeitung der Engagementstrategie werden über einen Zeitraum von zwei Jahren konsumtive Mittel in Höhe von 100 T € benötigt. Die Finanzierung wird aus dem Bremen-Fonds (Land) 2022/2023 erfolgen. Die Beschlussfassung zulasten des Bremen-Fonds 2022/2023 ist möglich, da die Bremische Bürgerschaft die Haushalte 2022/2023 einschließlich der Feststellung

des Ausnahmetatbestands einer außergewöhnlichen Notsituation bedingt durch die Corona-Pandemie und der damit verbundenen Fortführung des Bremen-Fonds am 08.12.2021 beschlossen hat. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird im Haushaltsjahr 2022 zwecks Einholung der erforderlichen haushaltsmäßigen Ermächtigungen befasst. Etwaige Folgekosten nach Ablauf der Finanzierungsmöglichkeit aus dem Bremen-Fonds (d.h. nach 2023) wären innerhalb der bestehenden Ressortbudgets zu finanzieren.

Laut Freiwilligensurvey konnte im Jahr 2019 erstmals kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den Engagementquoten von Frauen und Männern im Allgemeinen festgestellt werden. 39,2 Prozent der Frauen und 40,2 Prozent der Männer haben sich freiwillig engagiert. In einigen Bereichen sind Frauen jedoch weiterhin unterrepräsentiert, etwa in Vorstandspositionen im Bereich des Sports. Eine vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Befragung zur Verteilung der Erwerbs- und Care Arbeit während der Corona-Pandemie kam zu dem Ergebnis, dass Frauen in dieser Zeit vermehrt Care-Arbeit übernommen haben. Das führt zu einer Verschärfung der Ungleichbehandlung der Geschlechter. Die Engagementstrategie soll dazu beitragen, das freiwillige Engagement von Frauen zu stärken.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Entwicklung und Finanzierung der Engagementstrategie für das Land Bremen ist dem Senator für Finanzen und der Senatskanzlei abgestimmt. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration hat der Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land Bremen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Finanzierung der erforderlichen temporären Mittelbedarfe im Haushalt des Landes Bremen i.H.v. 100 T € in 2022 aus dem Bremen-Fonds zugestimmt.

F. Beschlussvorschlag

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.